

Der Kommunismus in Frankreich: Ambivalenter Akteur im Prozess der Demokratisierung des politischen Lebens

Die kommunistische Bewegung protestierte in Westeuropa gegen ein politisches System, in dem soziale Eliten die Macht übernommen hatten. Mit ihrem Kampf um den Zugang der Arbeiterklasse zur Macht wiesen die Kommunistinnen und Kommunisten auf ein Problem hin, das die liberale Demokratie seit dem 19. Jahrhundert beschäftigte: das Problem der politischen Repräsentation der Arbeiterklasse, deren politische Ausgrenzung sich in ihrer sozialen Unterordnung gleichsam verdoppelte. Die Kritik an der Unfähigkeit der repräsentativen Demokratie, dem Volk eine Stimme zu geben, gewann in Frankreich seit der Revolution von 1848 an Gewicht. Dabei richtete sich die Forderung nach einer »demokratischen und sozialen« Republik gegen die Aneignung der politischen Macht durch die bürgerliche Elite. Das Ausmaß der Distanz zwischen Regierenden und Regierten stand ebenso infrage wie die Trennung zwischen dem »Politischen« und dem »Sozialen«. Politische Rechte hatten wenig Wert, wenn sie nicht auf sozialen Rechten fußten, die auf die Emanzipation der Arbeiterklasse abzielten.

Der *Parti Communiste Français* (Kommunistische Partei Frankreichs, PCF) ist Teil dieser Geschichte der Arbeiterbewegung, die gegen eine von Aktivistinnen und Aktivisten sowie Berufspolitikerinnen und -politikern geführte bürgerliche Republik kämpfte. Ihnen wurde unterstellt, sie ließen sich von ihrem Eigeninteresse leiten und machten sich mit der Macht des Geldes gemein. Die Ablehnung der sozialistischen Parlamentarier, die während des Ersten Weltkriegs des Verrats und der Kriegstreiberei bezichtigt und allgemein für ihre Entfremdung von der Wirklichkeit der Arbeiterbevölkerung kritisiert wurden, war eine der Haupttriebfedern für die Gründung des PCF im Jahr 1920. Seinen Befürwortern ging es darum, eine echte proletarische Partei zu gründen, die den sozialen Kampf nicht der Wahlstrategie unterordnete. Sie wollten eine Partei neuen Typs aufbauen, die sich dem Kompromiss mit der bürgerlichen Macht entzog, indem sie ihre erneuernde Kraft sowohl aus den revolutionären Quellen Frankreichs als auch aus der Sowjetdemokratie schöpfte.

Als zweitgrößte Kommunistische Partei Westeuropas nach dem PCI (*Partito Comunista Italiano*, Italienische Kommunistische Partei)¹ stellte der PCF für die liberale Ordnung der französischen Demokratie eine erhebliche Herausforderung dar. Insbesondere

1 Vor 1944 hatte der PCF mehr Mitglieder als der PCI, der in der Zeit des Faschismus verboten war. Er beschäftigt sich mit beiden Parteien: Marc Lazar: *Maisons rouges. Les Partis communistes français et italien de la Libération à nos jours* [Rote Häuser. Die Kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens von der *libération* bis heute], Paris 1992.

zwischen 1944 und 1956, als sein Ansehen am größten war, hatte er großen Einfluss auf das nationale politische Leben. Im Folgenden konzentriere ich mich auf diesen Zeitraum, der von der *libération* bis zum zentralen Krisenjahr des Stalinismus reicht. Ziel dieses Textes ist es, aufzuzeigen, wie die Aktionen der französischen Kommunistinnen und Kommunisten zur Demokratisierung des politischen Lebens ihres Landes beigetragen haben, indem sie eine breitere politische Teilhabe der Unterschichten und insbesondere der Frauen förderten. Ich beziehe mich dabei nicht auf einen potenziell essenzialisierenden, polysemen und statischen Begriff von Demokratie, sondern auf den Prozessbegriff Demokratisierung, die als Ausweitung der politischen Partizipation verstanden wird. Die dynamische Beteiligung möglichst vieler Menschen an öffentlichen Angelegenheiten ist jedoch nicht linear zu denken. Sie unterliegt gewissermaßen Ebbe und Flut und kann auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Zeiträumen beobachtet werden. Eine soziologische Interpretation von Demokratisierungsprozessen setzt voraus, dass die verschiedenen beteiligten sozialen Gruppen Berücksichtigung finden. Denn Demokratisierung ist mehr als eine Frage der Menge, eine bloß zahlenmäßige Zunahme der am politischen Spiel Beteiligten. Sie ist ein Kampf gegen Herrschaftsverhältnisse, in denen bestimmte (soziale, geschlechtsspezifische, rassistisch markierte) Bevölkerungsgruppen in einer Situation der politischen Unterordnung gehalten werden.

In dieser Hinsicht scheint das kommunistische Engagement ein Vehikel für die Integration der Unterschicht, der Frauen und der Arbeiterinnen und Arbeiter mit Migrationshintergrund in das politische Leben Frankreichs gewesen zu sein. Mit seiner Hilfe konnten die Barrieren, die diese Menschen politisch ausgrenzten, zumindest teilweise abgebaut und so die soziale Abgeschlossenheit des politischen Feldes gelockert werden. In diesem Sinn hat der Einfluss der kommunistischen Bewegung in Frankreich zu einer Demokratisierung der politischen Gesellschaft geführt. Wie wir sehen werden, spielte der PCF jedoch auch eine konservative Rolle bei der Verteidigung der institutionellen Ordnung. So wirkten seine Funktionäre etwa hemmend auf die Möglichkeiten einer radikalen Infragestellung der sozialen Ordnung durch Arbeiterproteste, der geschlechtsspezifischen Ordnung durch die Kämpfe der kommunistischen Frauen und der nationalen Ordnung durch die antikolonialen Konflikte.

Bereits in den 1970er-Jahren wies der Politikwissenschaftler Georges Lavau auf den Beitrag hin, den der PCF zur Stärkung der Akzeptanz der politischen Institutionen in der französischen Bevölkerung leistete.² Die Partei erfülle nicht nur eine »volkstribunartige« Funktion (*fonction tribunitienne*), indem sie Unterschichten eine Bühne für (laute, aber legale) Demonstrationen biete, sondern auch eine »Legitimations- und Stabilisierungsfunktion« für das politische System. Die Partei legitimiere die politische Ordnung, indem sie die Revolten kanalisieren und diszipliniere und ihnen legale politische Möglichkeiten eröffne. Trotz der Aporien, in die ein funktionalistisches Verständnis von

2 Georges Lavau: The PCF, the State, and the Revolution: An Analysis of Party Policies, Communications, and Popular Culture, in: Donald Blackmer/Sidney Tarrow (Hg.): Communism in Italy and France, Princeton 1975, S. 87–140.

Organisation führt, eignet sich diese Interpretation immer noch als Heuristik für die Untersuchung der Interaktionen zwischen der kommunistischen Bewegung und der liberalen demokratischen Ordnung. Voraussetzung ist allerdings, dass nicht nur das nationale politische System und die Frage des Machtzugangs betrachtet werden, sondern auch die politische Partizipation in ihren vielfältigen lokalen und sozialen Dimensionen erfasst wird, denn sonst wird nicht erkennbar, inwiefern die kommunistische Bewegung die Demokratisierung des Zugangs zum politischen Leben ermöglicht hat. Des Weiteren sollte das militante Kollektiv PCF nicht a priori durch eine sozialgeschichtliche Perspektive verdinglicht werden, die vor allem auf die aktivistischen Biografien und die soziale Nutzung der Organisation abhebt. Auf diese Weise ist das scheinbare Paradox einer Bewegung besser zu erfassen, die die sozialen Grundlagen der politischen Ordnung infrage stellte, indem sie einerseits beherrschte Gruppen (Jugendliche, Frauen, Arbeiterinnen und Arbeiter, Kolonisierte) förderte, während sie andererseits zur Legitimierung sozialer Hierarchien beitrug, die für diese ungünstig waren.³

I. Für eine »echte Demokratie«

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging der PCF gestärkt aus seinem Widerstand gegen die deutsche Besatzung hervor und wurde zur größten Partei Frankreichs. Er vereinte mehr als ein Viertel der Wählenden auf sich und hatte rund 800.000 Mitglieder. Die Partei wollte ein neues politisches System aufbauen, das sich nicht nur gegen das Vichy-Regime abgrenzte, das mit den Nazis kollaboriert hatte, sondern auch gegen die Dritte Republik, die dem Vichy-Regime vorausgegangen war. Ein ganzes Repertoire an Begriffen wie »echte«, »wahre«, »Volks-« und »fortschrittliche« Demokratie wurde verwendet, um im Zuge der Neugestaltung der Machtverhältnisse nach der Befreiung die Notwendigkeit einer neuen demokratischen Ordnung zu unterstreichen. Die »reaktionären Kräfte«, die für die Niederlage Frankreichs nach dem Überfall durch das nationalsozialistische Deutschland verantwortlich waren, sollten an den Rand gedrängt und ein parlamentarisches System errichtet werden, das eine »echte« Demokratie ermöglichte, die die gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten der Kontrolle der Wählerschaft unterwarf.

Bei der ersten legalen Sitzung des Zentralkomitees am 31. August 1944 verknüpfte Jacques Duclos, einer der wichtigsten Parteiführer, die noch laufende Befreiung des Landes mit der, wie er es nannte, »Bestrafung der Verräter« und der Errichtung einer »echten Demokratie, in der die Volkssouveränität nicht nur eine Formel, sondern Realität sein wird«: Es ging darum, »das Volk sprechen zu lassen« gegen »persönliche Macht«, »Vetternwirtschaft« und »Korruption«.⁴ Diese »echte«, »wirksame« »Demokratisierung des Staates« sollte auf lokaler Ebene aufgebaut werden, mit gewählten Vertreterinnen und

3 Dieser Beitrag stützt sich auf Forschungsergebnisse, die ausführlicher dargestellt sind in: Julian Misch: *Le parti des communistes. Histoire du Parti communiste français de 1920 à nos jours* [Geschichte der Kommunistischen Partei Frankreichs von 1920 bis heute], Marseille 2020.

4 Bericht abgedruckt in der Broschüre »Les Communistes dans la bataille pour la libération de France« [Die Kommunisten in der Schlacht um die Befreiung Frankreichs], o. O. [Paris] 1944.

Vertretern aus dem Volk, nicht mit Honoratioren oder Delegierten der Zentralmacht. Die aufstrebenden Kräfte, die aus dem Widerstand und der Arbeiterklasse hervorgegangen waren, sollten die traditionellen, korrupten Eliten ersetzen, die Verrat begangen hatten. So enthielt der erste, von der Kommunistischen Partei ausgearbeitete Verfassungsentwurf für die Vierte Republik die Widerrufbarkeit der Wahl der Volksvertreterinnen und Volksvertreter sowie die Abschaffung der Präfektur als Behörde. Dieses Projekt sah die Einführung eines Einkammersystems vor, wurde jedoch in einem Referendum abgelehnt. Die Kommunistinnen und Kommunisten unterstützten anschließend einen neuen Entwurf, der das Ergebnis von Kompromissen mit anderen linken Kräften war. Er behielt zwar den Vorrang der Legislative vor der Exekutive bei, führte aber eine zweite Kammer ein. Dieser Entwurf wurde im Oktober 1946 gegen den Widerstand der Anhängerinnen und Anhänger Charles de Gaulles angenommen. Nachdem die Kommunistinnen und Kommunisten an de Gaulles Rücktritt als Präsident der provisorischen Regierung Anfang 1946 nicht ganz unbeteiligt gewesen waren, spielten sie eine wichtige Rolle bei der Gründung der Vierten Republik, die sie im Vergleich zu den alten Institutionen als demokratischen Fortschritt betrachteten.

Bei den ersten Parlamentswahlen nach den Regeln der neuen Verfassung im November 1946 erhielten die Kommunistinnen und Kommunisten 28 Prozent der Stimmen und stellten 182 Abgeordnete. Sie verstärkten ihre Präsenz in der Regierung; Maurice Thorez, der Generalsekretär der Partei, wurde Stellvertretender Ministerratspräsident und Staatsminister. Die Regierungsbeteiligung der Kommunistinnen und Kommunisten begann im April 1944 und dauerte bis Mai 1947. Sie führte zu einer Reihe von Sozialreformen, die das Land nachhaltig prägten: Verstaatlichung, Sozialversicherung, Betriebsräte, allgemeine Satzung des öffentlichen Dienstes, Bergarbeiterstatut usw. Die von den kommunistischen Ministern befürworteten Maßnahmen, die sich an den Forderungen der Gewerkschaften orientierten, förderten die Entwicklung der Arbeiterschaft und eines öffentlichen Sektors, der von einer gewissen sozialen Stabilität und den gewerkschaftlichen Rechten profitierte. Erstmals seit dem *Front populaire*, der Volksfront von 1936, als sie die sozialistische Regierung unterstützt hatten, waren die Kommunistinnen und Kommunisten, die das Arbeitsministerium und das Ministerium für Industrie innehatten und darüber hinaus für den öffentlichen Dienst verantwortlich waren, wieder direkt am Aufbau des Sozialstaats in Frankreich beteiligt. So trugen sie dazu bei, die konservativen Aspekte eines Wohlfahrtsregimes abzumildern, das sich ursprünglich auf die Familie als zentrale Instanz für die Regulierung sozialer Risiken konzentriert hatte.⁵ Nun erhielt es eine stärker sozialdemokratische Ausrichtung, auch wenn das französische Modell weiterhin auf der Einteilung nach Status (Arbeitnehmer/Selbstständige, öffentlich/privat) beruhte und nicht auf Universalität.

Neben der Förderung und den realen Fortschritten der sozialen Demokratie ermöglichte die Regierungsbeteiligung der Kommunistinnen und Kommunisten auch eine Erneuerung und »Verarbeiterlichung« (*ouvriérisation*) der politischen Führungseliten.

5 Ich orientiere mich an der Typologie in: Gøsta Esping-Andersen: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton 1990 und füge ihr einen dynamischen Charakter hinzu.

Angehörige der Arbeiterklasse gelangten in höchste Staatsämter, die bis dahin vor allem den wirtschaftlichen und kulturellen Eliten vorbehalten waren. Marcel Paul, Industrieminister, und Ambroise Croizat, Arbeitsminister, waren ehemalige Arbeiter aus einfachen Familien, die bereits mit 13 Jahren zu arbeiten begonnen hatten. Der PCF schickte zum ersten Mal in nennenswertem Umfang Abgeordnete mit Arbeiterhintergrund in die parlamentarische Arena. 17 Prozent der 1945 gewählten Abgeordneten gehörten der Arbeiterklasse an und kamen mehrheitlich aus der kommunistischen Bewegung. Eine weitere Gruppe, die in die Nationalversammlung einzog, waren die Frauen, die zum ersten Mal wählen durften. Verfasser des Änderungsantrags vom April 1944, der ihnen das aktive und passive Wahlrecht einräumte, war der Kommunist Fernand Grenier, der den PCF bei General de Gaulle in London vertrat. Seit ihrer Gründung hatte sich die Partei für diese Forderung eingesetzt. Bei den Wahlen 1945 wurden die meisten weiblichen Abgeordneten für den PCF ins Parlament gewählt. Die Partei zählte mit Abstand die meisten weiblichen Abgeordneten in ihren Reihen: Sie machten 15 Prozent ihrer Parlamentsfraktion aus.⁶ Die erste Frau, die im Oktober 1945 im Plenarsaal sprach, war die 30-jährige Kommunistin Rose Guérin, eine Stenografin, ehemalige Widerstandskämpferin und Deportierte.⁷

II. Politisierung und Inklusion in Gebieten der Arbeiterschaft

Der PCF spielte eine wichtige Rolle bei der demokratischen Ausweitung der Inanspruchnahme politischer Rechte und fungierte als Träger der »Verarbeiterlichung« und Feminisierung des politischen Lebens in Frankreich. Diese Förderung einer aus unteren Bevölkerungsschichten stammenden und teilweise weiblichen Abgeordnetenschaft beruhte auf einer Ausweitung der politischen Partizipation an der Basis: Die Kommunistinnen und Kommunisten organisierten militante und assoziative Netzwerke, die subalterne Gruppen einschlossen und ihnen ein Erlernen der Spielregeln des politischen Lebens ermöglichten. Eine Vielzahl von Organisationen (Gewerkschaften, Frauen- und Mietervereine, Vereine ehemaliger Widerstandskämpfer sowie Immigranten- und Sportvereine) versorgte die Partei mit frischen Kräften und förderte enge Verbindungen zu den unteren Bevölkerungsschichten. Die Existenz von Netzwerken im Umfeld der Partei, die für die Gesellschaft offen sowie in städtischen und ländlichen Gebieten verankert waren, trug dazu bei, die Hürden für den Zugang zum politischen Feld zu untergraben: Die Netzwerke verknüpften die Partei mit anderen sozialen Sphären und leisteten der Entwicklung aktivistischer Verhaltensweisen Vorschub.⁸

6 Philippe Buton: *Les Lendemain qui déchantent, le Parti communiste français à la Libération* [Die große Ernüchterung: die Kommunistische Partei Frankreichs während der Befreiung], Paris 1993, S. 280.

7 Louis-Pascal Jacquemond: *L'Espoir brisé. 1936, les femmes et le Front populaire* [Die zerbrochene Hoffnung. 1936, die Frauen und die Volksfront], Paris 2016, S. 382.

8 Julian Misch: *The French Communist Party and the working classes (1920s–1970s): A perspective from local activism*, in: *French Politics* 10 (2012), H. 2, S. 160–180.

Die *Union des Femmes Françaises* (Französische Frauenunion, UFF) zählte 1946 nach eigenen Angaben 265.000 Kommunistinnen und Sympathisantinnen.⁹ Ihre lokalen Komitees organisierten Dienste und boten einen Ort der wechselseitigen Unterstützung, vor allem für Hausfrauen. Im weiteren Kontext der Unterrepräsentation von Frauen in den französischen Parteien zeichnete sich der PCF als diejenige politische Formation aus, deren Frauenanteil an der aktivistischen Basis am größten war.¹⁰ Zudem stieg der Frauenanteil in der Partei von 11 Prozent im Jahr 1946 auf 20 Prozent im Jahr 1954. Dieser Aufschwung war das Ergebnis einer proaktiven Politik, die darauf abzielte, Frauen in die Partei zu holen und ihren Aufstieg in der Hierarchie zu sichern. Dennoch blieb ihr Zugang zu Führungspositionen begrenzt und ihre aktivistischen Laufbahnen waren kürzer als die der Männer. Außer mit dem »reaktionären Misstrauen« der Aktivisten, das von den Verantwortlichen des PCF angeprangert wurde, lässt sich dies mit der Belastung der Frauen durch häusliche Pflichten, dem Fokus auf die Aktivität der Männer in aktivistischen Paaren sowie mit der Vorherrschaft des arbeitszentrierten, männlichen Modells des Schwerindustriearbeiters erklären.

Frauen engagierten sich eher auf lokaler und kommunaler Ebene, wie zum Beispiel bei den Kämpfen der *mal-logés* in den provisorischen Siedlungen, deren Bewohnerinnen und Bewohner aufgrund der Kriegszerstörungen keine angemessenen Unterkünfte hatten. Einige Familien lebten dort in provisorischen Baracken, die bis Anfang der 1960er-Jahre bestanden. Hier zeigt sich eine klassische Differenzierung der Geschlechterrollen in der Arbeiterklasse, zwischen männlichem Arbeitsbereich auf der einen und weiblichem Wohnbereich auf der anderen Seite.¹¹ Noch bevor sie das aktive und passive Wahlrecht erhielten, wurden Frauen vor dem Krieg bei den Kommunalwahlen als Kandidatinnen aufgestellt. Bei den ersten Kommunalwahlen nach dem Krieg, an denen sie 1945 teilnahmen, waren sie auf den von der Kommunistischen Partei unterstützten Listen zahlreich vertreten. Odette Roux, eine Lehrerin und ehemalige Sozialistin, die im Januar 1941 der kommunistischen Untergrundpartei beigetreten und mit ihrem Mann (der von den Deutschen getötet wurde) im Widerstand aktiv gewesen war, wurde zur Bürgermeisterin von Les Sables d'Olonne gewählt, einer am Atlantik gelegenen Kommune mit 17.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Mit 28 Jahren war sie eine der ersten Bürgermeisterinnen einer französischen Stadt.

Die Beförderung von Frauen in öffentliche Ämter war jedoch nicht frei von der Logik männlicher Dominanz. Gewählte Frauen wurden in der Regel an den unteren Rand der kommunalen Hierarchie gedrängt und erhielten nur selten einen Posten als Stellvertreterin oder Bürgermeisterin. Sie übernahmen Bereiche und widmeten sich Fragen, die weiblich konnotiert waren, wie zum Beispiel Sozialausschüsse, Kinder, Fürsorge, Schule.

9 Sandra Fayolle: *L'Union des Femmes Françaises: Une organisation féminine de masse du parti communiste français 1945–1965* [Die Union des Femmes Françaises: Eine weibliche Massenorganisation der Kommunistischen Partei Frankreichs 1945–1965], politikwiss. Diss., Universität Paris 1, 2005.

10 Paul Boulland/Julian Misch: Promotion and domination of militantes in the local networks of the French Communist Party, in: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire* 126 (2015), H. 2, S. 73–86.

11 Dominique Loiseau: *Femmes et militantismes* [Frauen und Aktivismus], Paris 1996.

Darüber hinaus signalisierten die Erwähnungen von »Frauen von Entlassenen«, »Müttern von Erschossenen«, »Witwen von Deportierten« oder »Müttern von Minderjährigen« in den Wahlprospekten, dass die gewählten Vertreterinnen zumindest teilweise als Vertreterinnen ihrer Ehemänner oder Söhne gewählt werden sollten. Die Auswirkungen des Glaubens an den Unterschied zwischen den Geschlechtern und den Kompetenzen in Bezug auf Ämter machten auch vor dem PCF nicht halt. Die Partei stellte einen Raum dar, in dem Frauen zwar politisch gefördert, aber gleichzeitig auch auf bestimmte Funktionen verwiesen wurden, insbesondere auf die Frauenarbeit.

Frauen waren an die Welt des Haushalts oder des Stadtviertels gebunden – abseits der Betriebszelle, der bevorzugten Form des kommunistischen Aktivismus. Die Identifizierung und Förderung von Führungskräften erfolgte aber vor allem über die Betriebszellen und Gewerkschaftsnetzwerke, die vorwiegend männlich besetzt waren und aus denen die Aktivisten ausgewählt wurden, die interne Schulungen durchlaufen und dann Verantwortung übernehmen sollten. Im Zuge der zwischen 1947 und 1953 zahlreichen sozialen Konflikte in der Industrie und im öffentlichen Dienst entstand eine neue Generation von Arbeiterkadern. Einige Aktivistinnen und Aktivisten waren in der Résistance für kommunistische Ideen sensibilisiert worden und wurden vor allem bei den sozialen Kämpfen »entdeckt«, die zu Beginn des Kalten Krieges ausbrachen. Die Repressionen waren hart und ihre Entlassung konnte dazu führen, dass sie für eine Festanstellung bei der Partei zur Verfügung standen. Diese neuen Arbeiterkader sollten nach und nach die stalinistischen Kader der ersten Generation ersetzen, die am Übergang von den 1920er- und 1930er-Jahren entstanden waren und deren emblematische Vertreter auf nationaler Ebene Maurice Thorez oder Jacques Duclos hießen. Georges Marchais, der 1970 die Führung der Partei übernahm, stand für diese zweite, aus dem Kalten Krieg hervorgegangene Generation. Als Maschinenschlosser in einer Flugzeugfabrik in der Nähe von Paris wurde er Mitglied der Gewerkschaft. Dort setzte er sich als kämpferischer Aktivist durch und wurde von Funktionären des PCF entdeckt, dem er 1948 beitrug. Er war Gewerkschaftsfunktionär, bevor er in der Partei Verantwortung übernahm.

In Frankreich ist die Entstehung der Arbeiterklasse eng mit der Geschichte der Migration verknüpft. In den Industrieregionen stammten viele PCF-Aktivistinnen und -Aktivisten aus Einwandererfamilien, vor allem aus Italien und Spanien, aber auch aus Osteuropa. Wie ich an anderer Stelle für die Regionen Grenoble und Longwy gezeigt habe, konnten die Kinder von Eingewanderten in Verbindung mit ihrem Status als Facharbeiter Führungspositionen in den Landes- und Ortsverbänden der Partei übernehmen.¹² Arbeiterinnen und Arbeiter aus Nordafrika, denen untergeordnete Positionen in der Hierarchie zugewiesen wurden und deren Ankunft in Frankreich nicht so lange zurücklag, waren zwar stärker marginalisiert, dennoch findet man sie in den Zellen des PCF und vor allem in den Gewerkschaftssektionen der *Confédération général du Travail* (Allgemeiner Gewerkschaftsbund, CGT).¹³

12 Julian Misch: *Servir la classe ouvrière. Sociabilités militantes au PCF* [Der Arbeiterklasse dienen. Militante Soziabilität im PCF], Rennes 2010.

13 Die CGT, die größte französische Gewerkschaft, wurde von den Kommunistinnen und Kommunisten kontrolliert.

Der PCF war durch seine Netzwerke in der Region sowie durch die Verbindungen, die er zwischen dem Engagement in Gewerkschaften und Vereinen einerseits und der politischen Sphäre andererseits knüpfte, ein wichtiger Akteur bei der Politisierung von Gruppen (Frauen, Arbeiterinnen und Arbeiter mit und ohne Migrationshintergrund), die in mehrfacher Hinsicht dominiert wurden und von anderen politischen Formationen praktisch ausgeschlossen waren. Diese politische Inklusionsarbeit fand auf lokaler Ebene statt, wo sich die Aktivistinnen und Aktivisten in den kommunalen Kämpfen engagierten. Dank ihres Bekanntheitsgrades, den sie durch ihre Tätigkeit in der Résistance und in der Gewerkschaftsbewegung erlangt hatten, konnten sie die Macht der lokalen Honoratioren herausfordern, die sich aus der Oberschicht rekrutierten. In den Industriestädten, den städtischen Vororten, aber auch auf dem Land wurde der PCF zu einem wichtigen lokalpolitischen Akteur. Es gab über 36.000 kommunistische Stadträtinnen und Stadträte; in mehr als 2000 Städten amtierte eine Bürgermeisterin bzw. ein Bürgermeister, die bzw. der Mitglied der Partei war.¹⁴ Ihre Aktivistinnen und Aktivisten politisierten die kommunalen Herausforderungen gegenüber den konservativen Politikerinnen und Politikern, die sich unpolitisch unter dem Deckmantel der »Verteidigung der kommunalen Interessen« versteckten. Gegenüber den kommunalen Führungskreisen, die aus den lokalen sozialen Eliten hervorgegangen waren, forderten sie eine Demokratisierung des politischen Lebens mit einer stärkeren Vertretung und Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterklasse, aber auch von Jugendlichen und Frauen. Der Aufstieg der Kommunistinnen und Kommunisten zur lokalen Macht ermöglichte die Entwicklung kommunaler Infrastrukturen wie Festsäle oder Freizeitzentren, die der Bevormundung der Arbeiterfamilien durch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber etwas entgegensetzen konnten. Nach dem Höhepunkt der *libération* und trotz der Aufkündigung des Bündnisses mit den Sozialisten blieb der PCF bei den Kommunalwahlen von 1947 und 1953 noch immer eine in der Breite gut verankerte Partei. Nach den Wahlen 1953 gab es mehr als 20.000 Stadträtinnen und Stadträte, die dem PCF angehörten.

III. Eine Radikalität, die den republikanischen und stalinistischen Konformismus auf die Probe stellt

Der PCF spielte bei der sozialen Entgrenzung des politischen Lebens nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Rolle. Die Partei war eine treibende Kraft bei dessen Demokratisierung durch die Einbeziehung von Angehörigen der Unterschicht, auch mit Migrationshintergrund, und von Frauen, die sich in ihren Netzwerken mobilisiert hatten. Einige von ihnen übernahmen Verantwortung in der Organisation und erwarben Wahlmandate. Diese Bewegung war zwar Teil einer Strategie zur Umkehrung der sozialen Machtverhältnisse, die der politischen Ordnung zugrunde lagen,¹⁵ verhinderte aber die

14 Roger Martelli/Jean Vigreux/Serge Wolikow: *Le Parti rouge, une histoire du PCF, 1920–2020* [Die Rote Partei, eine Geschichte des PCF, 1920–2020], Paris 2020, S. 286 u. 299.

15 Bernard Pudal: *Prendre parti. Pour une sociologie historique du PCF* [Partei ergreifen. Für eine historische Soziologie des PCF], Paris 1989.

Reproduktion hierarchischer Verhältnisse innerhalb der Organisation keineswegs: Tatsächlich wurde diese von einer männlichen, qualifizierten Arbeiterelite französischer Nationalität dominiert. Darüber hinaus kann bei einem genaueren Blick auf die ideologischen Positionen und die politische Konjunktur festgestellt werden, dass der PCF auch eine Rolle bei der Legitimierung der republikanischen politischen Ordnung spielte.

Diese potenziell konservative Ausrichtung, die revolutionäre Bestrebungen im Namen der Verteidigung der republikanischen Ordnung bändigte, war während der *libération* zu beobachten, als sich der PCF als große, verantwortungsvolle Partei präsentierte. Doch diese konsensorientierte Selbstdarstellung war 1944 kein Novum. Sie charakterisierte die kommunistische Organisation von Anfang an und trat insbesondere mit Beginn der Volksfront deutlich hervor. In einer spektakulären politischen Kehrtwende setzte sich der PCF 1934 in Verbindung mit der Annäherung der Sowjetunion an die »bürgerlichen Demokratien« für die Unterstützung der parlamentarischen Demokratie gegen den Faschismus ein.¹⁶ Ein neuer Diskurs der »Verteidigung der demokratischen Freiheiten« begleitete eine selbstbewusste Integration in das parlamentarische politische Spiel: Eintreten für die nationale Verteidigung, Unterstützung der Regierung 1936/37, Verteidigung der republikanischen Gesetze und der französischen Wirtschaft. Im Einklang mit den sowjetischen Anweisungen, die französische Demokratie nicht zu destabilisieren, verfolgte die kommunistische Führung eine Strategie der Beschwichtigung der sozialen Bewegungen und verurteilte die »linken Tendenzen« und die »demagogische Übertreibung« derjenigen, die versuchten, die im Mai 1936 begonnenen Streiks auszuweiten. Maurice Thorez selbst rief ab Juni 1936 im Namen der »Versöhnung Frankreichs« zur Wiederaufnahme der Arbeit und zu Kompromissen auf.¹⁷

Diese Versöhnung führte zu einer bewussten Aneignung der französischen Geschichte mit ihren politischen und religiösen Traditionen, wie etwa die Appelle von Maurice Thorez an Katholikinnen und Katholiken sowie an die *radicaux*, republikverbundene Honoratioren in der Mitte des politischen Spektrums, zeigten, die der PCF als Repräsentanten der Mittelschichten ansprach. Die Aneignung nahm in verschiedenen Bereichen die Form einer ideologischen Normalisierung an, die sie von den zuvor eingenommenen avantgardistischen Positionen entfremdete. In Bezug auf Frauen vertrat der PCF eine familienorientierte Politik, die das Recht auf Abtreibung und Empfängnisverhütung ablehnte und damit im Widerspruch zu ihren früheren Positionen stand. Ihre Funktionäre riefen dazu auf, »die französische Familie zu verteidigen« und »die Rasse zu retten«¹⁸ – eine 180-Grad-Wende gegenüber den früheren Angriffen auf die militaristische und imperialistische Bourgeoisie, die beschuldigt worden war, Fruchtbarkeit zu predigen und

16 Serge Wolikow: 1936, le monde du Front populaire [1936, die Welt der Volksfront], Paris 2016; Jean Vigreux: Histoire du Front populaire. L'échappée belle [Geschichte der Volksfront. Ein glückliches Ende], Paris 2016.

17 Siehe zum Beispiel für die Kämpfe in der Landwirtschaft: John Bulaitis: Communism in Rural France: French Agricultural Workers and the Popular Front, London 2008.

18 Die Kommunistinnen und Kommunisten pflegten hier einen nationalistischen und natalistischen Diskurs, der Frauen dazu ermutigte, sich fortzupflanzen, um die »Größe Frankreichs« gegenüber der »deutschen Gefahr« zu sichern.

die Frauen an die Mutterschaft zu ketten. Diese Neuausrichtung auf konservative Familien- und Mutterschaftsnormen stand im Einklang mit der ideologischen Restauration, die die Sowjetunion damals erlebte und in der die stalinistische Ideologie der »starken sozialistischen Familie« dominierte. Die Entwicklung ist aber auch vor dem Hintergrund einer nationalen Strategie der Integration in einen republikanischen und patriotischen Konsens zu verstehen, in dessen Rahmen Familienwerte immer bedeutender wurden, zumal Krieg und Wirtschaftskrise drohten.¹⁹

Die konservativere Ausrichtung des PCF, die sich sowohl aus stalinistischen als auch aus republikanischen Quellen speiste, stützte sich auf eine patriotische Rhetorik. Im Namen der Verbundenheit der französischen Kommunistinnen und Kommunisten mit ihrer Nation wurde die Ausgrenzung von Stimmen gerechtfertigt, die eine radikale Infragestellung der sozialen und politischen Ordnung forderten. Diese mäßigende Haltung wurde im Rahmen der *libération* reaktiviert, als die Unsicherheiten des Kriegsendes überwunden waren, zumal Stalin die französische Führung umgehend davor warnte, das revolutionäre Potenzial zu überschätzen. Die Zurückhaltung äußerte sich in einem Misstrauen gegenüber den aus der Résistance hervorgegangenen Aktivistinnen und Aktivisten, deren Forderungen möglicherweise zur Ausrichtung der Politik der »nationalen Wiedergeburt« auf ein breites Bündnis in Widerspruch stehen konnten. Der Nachweis von Mut während des Untergrundkampfes spielte bei der Beförderung in Führungspositionen kaum eine Rolle. Bei der Auswahl von Führungskräften ging es der Partei vor allem um Linientreue und die Fähigkeit, soziale Bewegungen zu betreuen und zu steuern.

Außerdem wurde die Agitation der Arbeiterschaft ab Herbst 1944 von den Kommunistinnen und Kommunisten weniger forciert als vielmehr kontrolliert, da sie dem Kampf für die »nationale Unabhängigkeit« Priorität einräumten. Der PCF spielte seine Identität als »verantwortungsbewusste« Partei, die an Regierungsgeschäften beteiligt war und sich nach dem nationalen Interesse richtete, aus und setzte seine ganze Energie für die nationalen Kriegsanstrengungen und den Wiederaufbau ein. Als »Partei der französischen Wiedergeburt« engagierte sich der PCF in der *bataille de la production*, indem er Verräterinnen und Verräter sowie Saboteurinnen und Saboteure anprangerte und den Streik paradoxerweise als »Waffe der Konzerne« und Manipulation durch die reaktionären Kräfte verurteilte. Kommunistische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mobilisierten die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben, wo auf Wettkampftafeln die Ergebnisse verglichen und Rekorde gefeiert wurden.

Die Kohlebergleute, die die Energie förderten, die im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Aufschwungs stand, wurden an die Spitze des Kampfes gestellt. In Waziers im Norden Frankreichs hielt Maurice Thorez am 21. Juli 1945 eine Rede, in der er das Fernbleiben von der Arbeit, insbesondere von Jugendlichen oder aus angeblich medizinischen Gründen, scharf kritisierte. Er forderte ein Ende der wiederholten Streiks und eine

19 Christine Bard/Jean-Louis Robert: The French Communist Party and women. From »Feminism« to Familialism, in: Helmut Gruber/Pamela Graves (Hg.): Socialism and Women: Europe between the World Wars, New York 1998, S. 321–347.

Entschärfung der Konflikte mit den Steigern: »Nicht der kleinste Streik ist zu billigen, vor allem dann nicht, wenn er [...] außerhalb der Gewerkschaft ausbricht. [...] Produzieren, produzieren und nochmals produzieren, Kohle fördern, das ist heute die höchste Form eurer Klassenpflicht, eurer Pflicht als Franzosen. Gestern war unsere Waffe die Sabotage gegen den Feind; heute ist die Waffe des Bergmanns die Produktion, um die Bewegung der Reaktion zu vereiteln.«²⁰

Die soziale Unzufriedenheit im Kohlerevier war jedoch groß. Wie anderswo wurde sie durch die Versorgungsschwierigkeiten und die Erschöpfung der Kriegsjahre genährt, aber auch durch die Enttäuschung der Hoffnungen, die mit der Verstaatlichung der Bergbaugesellschaften entstanden waren. Die Säuberungen, die aus Gründen der Wiederherstellung der Ordnung und der Produktionseffizienz durchgeführt wurden, waren zaghaft und verschonten die Führungskräfte, die von der Arbeiterschaft beschuldigt wurden, mit den deutschen Besatzern gemeinsame Sache gemacht zu haben und eine hierarchische Disziplin wiederherstellen zu wollen, die loszuwerden sie gehofft hatten.²¹

In der unmittelbaren Nachkriegszeit mehrten sich überall in Frankreich die Anlässe für soziale Unruhen, aber der PCF, der in einer Strategie der Regierungsbeteiligung und einer versöhnlichen Politik gegenüber den Arbeitgebern gefangen war, weigerte sich, die Streiks zu unterstützen. Mit dem Slogan »*Produire d'abord, revendiquer ensuite*« (Erst produzieren, dann fordern) versuchten ihre Aktivistinnen und Aktivisten, die Bewegung einzudämmen. Als die Löhne im Frühjahr 1947 nicht mit der Inflation Schritt hielten, kam es dennoch zu spontanen Streiks. Im April wurde in den Renault-Werken von Billancourt auf Initiative einer trotzkistischen Gruppe und mit Unterstützung der christlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ein Streik ausgerufen – gegen den Widerstand der kommunistischen Aktivistinnen und Aktivisten, die das Manöver der »Hitler-Trotzkisten« verurteilten.²² Angesichts des Ausmaßes, das die Streikbewegung annahm, sah sich die CGT jedoch gezwungen, sich ihr anzuschließen. Das explosive soziale Klima veranlasste die Kommunistinnen und Kommunisten schließlich dazu, die Sozialpolitik der Regierung offen zu kritisieren, aus der sie im Mai ausgeschlossen wurden.

Der PCF wusste zwar eine in Bezug auf Preise und Lebensstandard kämpferischere Rhetorik anzunehmen, verurteilte aber die hier und da auftauchenden Aufrufe zu einem

20 Thorez' Rede wurde veröffentlicht in der Broschüre: *Produire, faire du charbon: c'est la forme la plus élevée de votre devoir de classe, de votre devoir de Français* [Produzieren, Kohle fördern: Das ist die höchste Form eurer Klassenpflicht, eurer Pflicht als Franzosen], Paris 1945.

21 Évelyne Desbois/Yves Jeanneau/Bruno Mattéi: *La foi des charbonniers. Les mineurs dans la bataille du charbon, 1945–1947* [Der Glaube der Kohlearbeiter. Bergleute in der Kohleschlacht, 1945–1947], Paris 1986. Für den Fall der Hafenarbeiter siehe John Barzman/Jean-Pierre Castelain: *Workers of the world and workers of a single industry: Communist strike policy on the waterfront, Le Havre 1920–1970*, in: *III International Conference Strikes and Social Conflicts*, Barcelona, 16.–19. Juni 2015. <https://shs.hal.science/halshs-02291917> (ges. am 20. Oktober 2023).

22 Jean-Paul Scot: »La région parisienne dans les débats de la direction du Parti communiste français de 1944 à 1947« [»Die Pariser Region in den Debatten der Führung der Kommunistischen Partei Frankreichs von 1944 bis 1947«], in: Jacques Girault (Hg.): *Des communistes en France* [Kommunisten in Frankreich], Paris 2002, S. 97–117.

Generalstreik oder Volksaufstand energisch. Die Partei setzte immer noch auf Beschwichtigung und hoffte, bald wieder an die Macht zu kommen. Ungeduldigen Forderungen wurde im Namen des Kampfes gegen Sektierertum und des Bündnisses mit der Mittelschicht und der Bauernschaft entgegengewirkt. Als am 11. und 12. September 1947 in Le Mans im Westen des Landes Arbeiterunruhen ausbrachen, wurden sie auf »Provokationen gegen die Republik« zurückgeführt. Der PCF vermutete eine Manipulation der Regierung im Vorfeld der Kommunalwahlen und lobte die örtlichen Kommunistinnen und Kommunisten dafür, dass sie die Mobilisierungen in den Fabriken eingedämmt hatten.

Die Opportunismus-Vorwürfe gegen die Kommunistische Partei Frankreichs während der Kominform-Gründungskonferenz und die Zunahme spontaner sozialer Konflikte veranlassten die Kommunistinnen und Kommunisten, ab November 1947 den Arbeiterprotest offener zu unterstützen. Die PCF-Führung plante eine schrittweise Mobilisierung mit dem Ziel eines längerfristigen Konflikts. Die Verärgerung war jedoch so groß, dass der Streik schnell begann und nach der Wahrnehmung der damaligen Akteure den Charakter eines Volksaufstands annahm.²³ Die Parteiführerinnen und -führer wurden von den Ereignissen, die ihre klassenübergreifende Strategie durchkreuzten, überwältigt. Nach der Niederschlagung nahmen die entmutigten Streikenden am 10. Dezember die Arbeit wieder auf. In Wirklichkeit hatte die PCF-Führung bereits Anfang des Monats mit den Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Arbeit begonnen. Bei einem Treffen am 18. November erinnerte Stalin Thorez daran, dass die französischen Kommunistinnen und Kommunisten vor allem für die »Verteidigung der Ehre und der Macht ihrer Nation« kämpfen sollten, indem sie für die Verteidigung ihrer Industrie gegenüber den USA eintraten.²⁴ Intern prangerte die Führung des PCF die Radikalisierung der Bewegung an, die in Widerspruch zu den Erfordernissen des Kampfes gegen den Marshallplan geraten sei. Dazu gehörte ein landesweiter Zusammenschluss nicht nur mit den Bauern und Mittelschichten, sondern auch mit den »patriotischen Arbeitgebern«. Die Gewerkschaftsführerinnen und -führer wurden dafür kritisiert, dass sie Arbeitskampfforderungen in den Vordergrund stellten und sich eher gegen die Arbeitgeber als gegen die Regierung stellten.

Infolge der Verschärfung des Kalten Krieges erhielt die Radikalisierung der Kämpfe eine vorwiegend politische Dimension. Im Namen der Verteidigung des Friedens, der Unterstützung der Sowjetunion und der Opposition gegen die »amerikanische Partei«, also die tatsächlichen oder vermeintlichen Vertreter von US-Interessen in Frankreich, wurden von minoritären Gruppen gewalttätige Aktionen initiiert. Sie schwächten die Position der kommunistischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die aufgrund der politischen Stoßrichtung ihrer bevorzugten Parolen isoliert waren und Opfer inten-

23 Robert Mencherini: *Guerre froide, grèves rouges. Les grèves »insurrectionnelles« de 1947* [Kalter Krieg, rote Streiks. Die »aufständischen« Streiks von 1947], Paris 2017.

24 *Compte-rendu entre le cam. J. V. Staline et le secrétaire du CC du Parti communiste français, Thorez. 18 Novembre 1947* [Protokoll zwischen Gen. J. W. Stalin und dem Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Frankreichs, Thorez. 18. November 1947], in: *Communisme* (1996), H. 45/46, S. 35–54.

siver staatlicher Repressionen wurden. Der Höhepunkt dieser politischen Gewalt und Unterdrückung wurde bei einer Demonstration in Paris erreicht, die sich gegen den Besuch des amerikanischen Generals Matthew Ridgway am 28. Mai 1952 richtete. Ridgway war im Koreakrieg Kommandant gewesen und wurde zum Chef der alliierten Streitkräfte in Europa ernannt.²⁵ Es gab zwei Tote und sehr viele Verletzte. Das Hauptquartier der Partei wurde durchsucht, ihre Zeitungen wurden beschlagnahmt und 700 Aktivistinnen und Aktivisten wurden festgenommen.

IV. Antikoloniale Kämpfe: Ein schwieriges Gleichgewicht zwischen Avantgarde und Legalismus

Es wurde bereits die ambivalente Haltung des PCF gegenüber Frauen erwähnt, die er im politischen Raum zu fördern versuchte, während er gleichzeitig moralisch-konservative Positionen vertrat, die er in vielerlei Hinsicht mit dem politischen Katholizismus teilte. Ebenso von Ambivalenz geprägt war auch die Beziehung der Kommunistinnen und Kommunisten zu den antikolonialen Kämpfen. In einer von Apologeten der kolonialen Ordnung dominierten politischen Welt ging der PCF zwar in diesen Fragen voran, gleichzeitig gelang es ihm im Namen der Verteidigung der Einheit und der Werte der Französischen Republik aber auch, die Infragestellung des Kolonialismus zeitweise auszubremsen.

Auch in diesem Bereich ging die konservative Matrix des Kommunismus auf die Mitte der 1930er-Jahre zurück, als die Verteidigung von Frankreichs Grandeur Vorrang vor dem Kampf gegen den Kolonialismus hatte. Die Forderung nach der Unabhängigkeit Algeriens, die die Komintern in den 1920er-Jahren mühsam durchgesetzt hatte, vernachlässigte der PCF ab 1935. Im Rahmen der Volksfront räumte er dem Antifaschismus und dem Kompromiss mit den *radicaux* sowie den Sozialistinnen und Sozialisten Vorrang ein, die für die Verteidigung des Kolonialreichs eintraten. Die Kommunistinnen und Kommunisten übernahmen die assimilatorischen Slogans von der Einheit der »algerischen Familie« mit dem republikanischen Frankreich, die wenig mit den bis dahin vertretenen antikolonialistischen Parolen gemeinsam hatten. Sie kritisierten nationalistische Bewegungen oder unterließen es zu protestieren, wenn diese in Tunesien, Marokko oder Algerien unterdrückt wurden. Wie bei der Haltung gegenüber den Frauen war diese konformistische Neupositionierung gegenüber der Kolonialbevölkerung sowohl Teil einer republikanisch-patriotischen Orientierung als auch Teil des Stalinisierungsprozesses. Die Abschwächung der antiimperialistischen Ausrichtung der Komintern erfolgte im Namen der Ziele der wechselseitigen Unterstützung Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion, aber auch im Rahmen der stalinistischen Repression. Diese traf Komintern-Mitglieder verschiedener Nationalitäten, die sich in antiimperialistischen

25 Michel Pigenet: *Au coeur de l'activisme communiste des années de guerre froide* [Im Herzen des kommunistischen Aktivismus in den Jahren des Kalten Krieges], Paris 2008.

Kämpfen engagierten, und ging mit der Aktivierung eines mit fremdenfeindlichen Elementen durchsetzten, sowjetischen Patriotismus einher.²⁶

Während der PCF seine Verbundenheit mit dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Kolonien bekräftigte, blieb seine Haltung hinsichtlich der Erlangung der Unabhängigkeit unter dem Vorwand des internationalen Kontextes ambivalent. Diese Position wurde während der *libération* wiederbelebt. Der PCF stimmte zu diesem Zeitpunkt dem Projekt der *Union française* (Französische Union, UF) zu, das die kolonisierten Länder und die Überseedepartements mit der Metropole verband. Im Gegensatz zu anderen politischen Gruppierungen erkannte die Partei das Recht auf Unabhängigkeit zwar an, riet aber dennoch von einer Trennung von Frankreich ab, das ein groß angelegtes Demokratisierungsprojekt vorantrieb. Die nationale Einheitspolitik der Regierungsparteien begünstigte eine gemäßigte Haltung in der Algerienpolitik, trotz der blutigen Niederschlagung der Rebellion im Mai 1945, die Tausende von Toten forderte und von den Kommunistinnen und Kommunisten zunächst auf die Provokation »hitlerischer Agenten« und eine nationalistische Verschwörung zurückgeführt wurde.²⁷ In Bezug auf Indochina war die Haltung des PCF deutlicher. Ab 1947 bezeichnete er den Konflikt offen als »schmutzigen Kolonialkrieg« und organisierte Protestaktionen.²⁸ Dies trug zum Ausschluss kommunistischer Minister aus der Regierung und später zur Verfolgung von Aktivistinnen und Aktivisten bei. 1954 feierten die Kommunistinnen und Kommunisten, die fast allein für die Beendigung des Indochinakrieges gekämpft hatten, das Ende des Konflikts als Sieg gegen den französischen Imperialismus.

Im Gegensatz zu ihrer Unterstützung des kommunistisch dominierten Vietminh misstraute die PCF-Führung den Nationalisten des algerischen *Front de libération nationale* (Algerische Befreiungsfront, FLN). Überrascht vom Aufstand des 1. November 1954 verurteilte die Partei »individuelle Aktionen, die den schlimmsten Kolonialisten in die Hände spielen könnten, wenn sie nicht sogar von ihnen geschürt wurden«, und forderte »eine Lösung, die die Verteidigung der Interessen Frankreichs sicherstellt«.²⁹ Der PCF verurteilte zwar die Repression durch die französischen Behörden, missbilligte aber die Strategie der individuellen Anschläge. Die Forderung nach Unabhängigkeit wurde zugunsten der Losung des Kampfes für den Frieden aufgegeben, zumal vor Ort, in den Fabriken und Stadtvierteln, Solidaritätskampagnen mit dem algerischen Volk schwierig durchzuführen waren, wie interne Berichte zeigen.

Vor allem aber stimmten die kommunistischen Abgeordneten im März 1956 dafür, dem Ratspräsidenten, dem Sozialisten Guy Mollet, Sondervollmachten in der Algerienfrage zu erteilen. Die Armee wurde mit wichtigen Befugnissen ausgestattet, die sie

26 Sabine Dullin: *La frontière épaisse. Aux origines des politiques soviétiques (1920–1940)* [Die tiefe Grenze. Zu den Ursprüngen der sowjetischen Politik (1920–1940)], Paris 2014, S. 238–263.

27 Alain Ruscio: *Les communistes et l'Algérie: des origines à la guerre d'indépendance, 1920–1962* [Die Kommunisten und Algerien: Von den Anfängen bis zum Unabhängigkeitskrieg, 1920–1962], Paris 2019, S. 125–130.

28 Alain Ruscio: *Les communistes français et la guerre d'Indochine, 1944–1954* [Die französischen Kommunisten und der Indochinakrieg, 1944–1954], Paris 1985.

29 L'Humanité vom 8. November 1954.

schnell nutzen sollte, um härter gegen die Nationalistinnen und Nationalisten vorzugehen. Dieses Votum lässt sich durch eine Strategie der Annäherung an die Sozialistinnen und Sozialisten erklären: Die Kommunistinnen und Kommunisten nutzten das Klima der Entspannung im Kalten Krieg und versuchten, aus ihrem politischen Ghetto herauszukommen und den Verfolgungsdruck zu verringern, der den Parteiapparat Anfang der 1950er-Jahre geschwächt hatte. Der PCF unterstützte die Bildung einer Regierung, die zunächst fortschrittliche soziale Maßnahmen ergriff und das Ende des Protektorats in Marokko anerkannte, während er sich für eine Entspannung mit der Sowjetunion einsetzte. Die Abstimmung über die Sondervollmachten führte zu einer tiefen und anhaltenden Unruhe innerhalb des PCF. Mehr als die Debatten über die Entstalinisierung schien die Haltung zu Algerien in der Partei über die Intellektuellen hinaus für Ärger zu sorgen, insbesondere unter Studierenden, Aktivistinnen und Aktivisten aus der Résistance (die für das Thema der nationalen Befreiung empfänglich waren) und Mitgliedern von Arbeitersektionen, die von nordafrikanischen Migrantinnen und Migranten geprägt waren. Die Algerierinnen und Algerier in der kommunistischen Sektion von Renault-Billancourt, der größten Fabrik des Landes, traten am 13. März, einen Tag nach der Verabschiedung des Gesetzes über die Sondervollmachten,³⁰ kollektiv aus der Partei aus.

Ab Oktober 1956 fand der PCF zu einer kritischeren Haltung gegenüber der Regierung zurück, hatte sich aber zu diesem Zeitpunkt von den entschlossensten Elementen im antikolonialen Kampf abgeschnitten. Die Partei förderte Proteste, die sich mehr auf die »Kosten des Krieges« und den »Frieden« als auf die Unabhängigkeit konzentrierten. Ihren Status als Avantgarde hatte die Partei in dieser Frage verloren, sie geriet ins Hintertreffen und unterstützte im Nachhinein Aktivistinnen und Aktivisten, die aufgrund von Initiativen verfolgt wurden, die sie nicht kontrolliert, ja meist sogar missbilligt hatte (Desertation, Hilfe für den FLN, Attentate usw.). Anders als im Indochinakrieg blieben ihr die symbolträchtigsten Kampagnen verwehrt. Die Unterstützungskomitees wurden vor allem von ehemaligen Weggefährten, kritischen Kommunistinnen und Kommunisten, Trotzistinnen und Trotzisten und aus der Partei Ausgeschlossenen geleitet.

Dies verhinderte jedoch nicht, dass der PCF von der übrigen politischen Klasse angegriffen wurde, die weitgehend für Französisch-Algerien eintrat – insbesondere dann, wenn ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter die Unabhängigkeitsbestrebungen des algerischen Volkes offen anerkannten oder kommunistische Soldaten desertierten. Die Kommunistinnen und Kommunisten unterstützten die verfolgten proalgerischen Aktivistinnen und Aktivisten mit ihren Anwälten und der Hilfe der befreundeten Organisation *Secours Populaire Français* (Französische Volkshilfe, SPF). Sie waren jedoch bestrebt, dies aus der Öffentlichkeit herauszuhalten, um die öffentliche Meinung nicht gegen sich aufzubringen. Das hing mit der Strategie zusammen, sich auf die Wahlen und das Image einer Partei zu konzentrieren, die für die Nation Verantwortung übernahm.

30 Laure Pitti: Renault, la »forteresse ouvrière« à l'épreuve de la guerre d'Algérie, in: Vingtième siècle (2004), H. 83, S. 131–143 [dt. Übersetzung: Der Algerienkrieg bei Renault-Billancourt (1954–1962): Eine »Arbeiterfestung« auf dem Prüfstand, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 55 (2007), H. 2, S. 124–136].

Um das Jahr 1956 herum führten die legalistische Vorsicht der kommunistischen Führung in der Algerienfrage und die Stagnation in Sachen Entstalinisierung (Letztere unterstützte die sowjetische Intervention in Ungarn) zur Entwicklung oppositioneller Gruppen in intellektuellen Kreisen, die einen Vorgeschmack auf die Mobilisierungen um 1968 gaben. Viele derjenigen, die später von der PCF-Führung als »Linksradikele« bezeichnet wurden, verließen die Partei zu diesem Zeitpunkt. Nach ihrer Blütezeit zur Zeit der *libération* schrumpfte die Zahl der PCF-Mitglieder um mehr als die Hälfte auf etwa 250.000 im Jahr 1956. Im Vergleich zu den anderen französischen Parteien, die weit weniger Mitglieder zählten, zeichnete sich der PCF immer noch durch seinen Charakter als Arbeiterpartei und seinen großen Frauenanteil aus.

V. Schlussfolgerungen

Die kommunistische Bewegung war ein wichtiger Akteur im Demokratisierungsprozess des politischen Lebens in Frankreich. Sie unterstützte die Teilhabe von sozialen Gruppen, die bislang nur in der politischen Subalternität existierten. Der PCF ermöglichte der Arbeiterklasse ihr Engagement in Gemeinden und Betrieben und gab ihr Waffen an die Hand, um die Macht der gesellschaftlichen Eliten herauszufordern. Über die Organisation (Ausbildung, Aktivismus, Soziabilität) und ihre Netzwerke (Vereine, Gewerkschaften) erwarb die Arbeiterklasse politisches Kapital und konnten zumindest teilweise die Abgeschlossenheit des politischen Feldes infrage stellen, das ansonsten von den privilegierten Gruppen beherrscht wurde, etwa von Unternehmern, Anwälten und Ärzten. Intern konnte die Pflege dieses politischen Kapitals jedoch aufgrund eines autoritären Umgangs mit Meinungsverschiedenheiten und einer hierarchischen Top-down-Struktur der Mitgliedschaft undemokratische Formen annehmen. Diese Ambivalenz habe ich hier nicht thematisiert. Stattdessen habe ich eine andere erforscht: Der PCF, unbestreitbar ein Instrument zur Demokratisierung der politischen Partizipation, konnte die radikale Infragestellung von Ungleichheiten in der nationalen politischen Ordnung auch ausbremsen.

Die Eindämmung der revolutionären Bestrebungen der französischen Aktivistinnen und Aktivisten hatte zwei Gründe: die Verteidigung der Französischen Republik und ihre privilegierte Verbindung mit den Interessen der Sowjetunion im Namen des Stalinismus. Letzteres ist im nationalen kommunistischen Erbe natürlich stark entwertet worden. Im Gegensatz dazu wurde die Verankerung des PCF im republikanischen Universum ab Mitte der 1930er-Jahre durch das kollektive aktivistische Gedächtnis und die dem PCF nahestehende Geschichtsschreibung verklärt. Diese Erzählung hat allerdings auch eine Kehrseite, wenn man sie aus der Perspektive von Gruppen betrachtet, deren Kampf auf diese Weise in den Hintergrund gedrängt wird. Die ausdrückliche Aneignung »republikanischer« und »demokratischer« Werte durch den PCF verleitete Kommunistinnen und Kommunisten dazu, sich von einem doktrinen Radikalismus abzuwenden und einen Diskurs über Frankreichs Grandeur zu führen. Die Verteidigung der nationalen Interessen konnte eine Beruhigung der sozialen Kämpfe, eine natalistische Orientierung und eine stillschweigende Akzeptanz der kolonialen Situation begünstigen.

Es scheint notwendig, sich von einer schematischen Lesart zu verabschieden, die die im PCF vermeintlich wirkenden, positiv bewerteten nationalen Logiken einer dunklen Seite – seiner Verbindung mit der Sowjetunion – diametral gegenüberstellt. Wie ich gezeigt habe, waren die beiden Dimensionen eng miteinander verknüpft und befruchteten sich gegenseitig. Es war das stalinistische, von Massenterror und politischen Prozessen geplagte Russland, das in Frankreich im Rahmen einer antifaschistischen Strategie der Allianz mit den liberalen Demokratien Impulse für eine politische und intellektuelle Öffnung des Kommunismus gab. Gleichzeitig bedeutete die Einbindung des französischen Kommunismus in das Spiel der republikanischen Politik keineswegs eine einseitige Bewegung zur demokratischen Erweiterung der kommunistischen Sache. Sie führte vielmehr auch zur Unterdrückung progressiver Bestrebungen und zum Rückzug aus anti-kolonialen und feministischen Kämpfen.

Diese potenziell konservativen Tendenzen waren auch Teil eines umfassenderen Strebens nach Respektabilität, das die Darstellungen und Handlungen von Kommunistinnen und Kommunisten im Verborgenen prägte. Letztere mussten sich ständig gegen Vorwürfe politischer Illegitimität zur Wehr setzen. Der Kommunismus wurde auch von außen durch antikomunistische Logiken geformt, die sich u. a. aus Klassenverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Frauenhass speisten. Das Streben nach Respektabilität und die Betonung der Verantwortlichkeit im Diskurs und in der Praxis der kommunistischen Führung können nicht verstanden werden, ohne den symbolischen Kampf vor Augen zu haben, den die Arbeiteraktivistinnen und -aktivisten gegen Vorwürfe der Inkompetenz und ihr Gefühl der Illegitimität führen mussten, wenn sie das politische Feld erobern wollten.

Aus dem Französischen von Marcel Streng

